

N i e d e r s c h r i f t

**der 81. Sitzung des Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten
und Vergaben (Vergabeausschuss) am 06.02.2003**

öffentlich

Ort: Raum 107 (Ratshof), Halle (Saale)

Zeit: 16:30 Uhr bis Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Andreas Strauch	SPD	
Frau Dr. Sabine Fiedler	CDU	
Herr Joachim Geuther	CDU	
Herr Dietmar Klimek	PDS	
Frau Heidrun Tannenber	PDS	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Heinz Maluch	HAL	
Frau Martina Hesse	Verw	
Herr Ingo Kautz	CDU	Vertreter für Herrn Dr. Hesse
Herr Prof. Dr. Siegfried Kiel	PDS	Vertreter für Herrn Heft
Frau Antje Prautzsch	Verw	

Entschuldigt fehlen:

Herr Dr. Gerhard Hesse	CDU
Herr Frank-Uwe Heft	PDS
Frau Yvonne Berktold	UBF
Herr Friedemann Scholze	FDP
Herr Dieter Funke	

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift vom 23. 01. 2003
3. Behandlung der vorliegenden Beschlussvorlagen
- 3.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2003, Haushaltskonsolidierung, Beteiligungsbericht 2000
4. Anträge von Fraktionen und Stadträten
5. Anfragen von Stadträten
6. Mitteilungen

zu 1 **Feststellung der Tagesordnung**

Protokoll:

Herr Strauch eröffnete die Sitzung und stellte Beschlussfähigkeit fest.

Der Tagesordnung, mit Datum vom 27. 01. 2003, wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

Der Tagesordnung, mit Datum vom 27. 01. 2003, wird zugestimmt.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift vom 23. 01. 2003

Protokoll:

Genehmigung der Niederschrift vom 23. 01. 2003

Der Niederschrift der 80. Sitzung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 3
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 6

Beschluss:

Der Niederschrift der 80. Sitzung wird zugestimmt.

zu 3 Behandlung der vorliegenden Beschlussvorlagen

zu 3.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2003, Haushaltskonsolidierung, Beteiligungsbericht 2000

Protokoll:

TOP 3.1: Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2003, Haushaltskonsolidierung, Beteiligungsbericht 2000 (III/2002/02967)

1. Fachbereich Vermessung und Geodaten

Auf die Anfrage von Herrn Strauch, was die Sonstigen Geschäftsausgaben beinhalten, erwidert Herr Pehl, es handelt sich um Lichtpauspapier, Plotfolien, Repromaterial, Kopierpapier, Video und Streamerbänder u.ä. Die Sachverständigenkosten setzen sich aus 1 – 2 Gutachterkosten und dem Sitzungsgeld des Umlegungsausschusses zusammen.

Herr Kautz stellt die Frage, warum sich die Kosten in der Haushaltsstelle 603000 Sächlicher Aufwand für Vermessung gegenüber dem Vorjahr erhöht haben.

Herr Pehl antwortet, die für das Jahr 2002 ausgewiesene Zahl beinhaltet die angewiesene Haushaltskürzung. Gegenüber dem Planansatz 2002 ist keine Erhöhung erfolgt.

Zu der Anfrage von Frau Tannenberg nach der Senkung der Personalkosten 2003 erklärt Herr Pehl, dass es sich um Altersabgänge aus dem Fachbereich handelt.

Herr Pehl erläutert den Haushaltsansatz im Vermögenshaushalt in der Haushaltsstelle 2.6110 Geräte und Maschinen.

Der Vergabeausschuss empfiehlt, dem Verwaltungshaushalt und Vermögenshaushalt des Fachbereiches Vermessung und Geodaten zuzustimmen.

Ja-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 1

2. Kulturbüro

Herr Prof. Dr. Kiel stellt die Frage, warum hier im Vergabeausschuss über den Verwaltungshaushalt beraten wird, da dieser ausführlich im Kulturausschuss zur Diskussion stand.

Herr Köhler fragt an, ob die vorgesehene Zusammenlegung der Museen im Haushalt schon berücksichtigt ist.

Frau Pinzler erklärt, dass das noch nicht im Haushalt Berücksichtigung gefunden hat. Es betrifft auch nur den Verwaltungshaushalt, da nicht vorgesehen ist, ein Museum zu schließen.

Herr Geuther bittet um die Vorstellung größerer Investitionen im Kulturbereich.

Frau Pinzler kann dazu keine Auskunft geben.

Herr Köhler bemerkt, dass der Haushalt erst in einer zweiten Lesung beschlossen werden kann, da noch offene Fragen bleiben. Zur zweiten Lesung sollten aussagekräftige Vertreter anwesend sein.

Herr Krause unterstützt eine zweite Lesung.

Frau Müller, Kämmerei, unterbreitet den Vorschlag, dass sich die zweite Lesung nur mit den Baumaßnahmen beschäftigen sollte.

Herr Geuther möchte eine Liste über alle zeitnahen Bauinvestitionen im Kulturbereich mit Erläuterungen.

Herr Köhler stellt den Antrag, eine zweite Lesung des Haushaltes durchzuführen.

Herr Strauch schlägt die nächste Vergabeausschusssitzung am 20. 02. 2003 vor.

Abstimmung zum Antrag: 2. Lesung des Haushaltes am 20. 02. 2003

Einstimmig

3. Fachbereich Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst

Auf die Anfrage von Herrn Geuther zu den investiven Maßnahmen erläutert Herr Schumann, es handelt sich überwiegend um die Anschaffung von Ölsperren, Lenzpumpen sowie die Ersatzbeschaffung von Wandklappbetten und Regalschrankwänden für die Kleiderkammer.

Herr Köhler stellt die Anfrage, ob der Bedarf der Feuerwehr von Seiten der Stadt koordiniert wird.

Herr Hans antwortet, es wird ständig im Geschäftsbereich mit dem Beigeordneten und dem Koreformer sowie mit dem Personalrat der unbedingt notwendige Bedarf koordiniert.

Auf die Anfrage von Herrn Maluch zum Ersatz der Rettungsdienstausstattung erwidert Herr Hans, der Rettungsdienst wird über die Gebühren refinanziert und mit den Leistungsträgern und dem Rettungsdienstbeirat ständig abgestimmt.

Herr Strauch fragt nach den Sachverständigen- und Gutachterkosten.

Herr Schumann erläutert, dass nach Verkehrsunfällen mit betriebseigenen Fahrzeugen ein Gutachten erstellt werden muss. Dies ist gesetzlich geregelt.

Frau Tannenberg stellt den Antrag, alle Gutachten, welche für das Jahr 2003 im Haushalt eingeplant sind aufzulisten und den Stadträten vor der zweiten Lesung zur Kenntnis zu geben.

Abstimmung zum Antrag:

<i>Ja-Stimmen:</i>	<i>7</i>
<i>Nein-Stimmen:</i>	<i>2</i>
<i>Enthaltung:</i>	<i>0</i>

Frau Hock erläutert auf die Anfrage von Herrn Strauch zum Gutachten Brandschutz-bedarfsplan, dass das zu erwartende Einsparpotential im Haushaltsplanentwurf 2003 noch nicht berücksichtigt wurde. Das Gutachten zum Brandschutzbedarfsplan wird aus der Haushaltsstelle 1.0212 655000 Fachbereich Personalservice bezahlt.

Der Vergabeausschuss empfiehlt, dem Verwaltungshaushalt und Vermögenshalt des Fachbereiches Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst zuzustimmen.

Ja-Stimmen:	4
Nein-Stimmen:	2
Enthaltung:	3

4. Fachbereich Soziales

Frau Dr. Radig erläutert, dass es sich bei den investiven Maßnahmen einmal um die Ersatzbeschaffung von Mobiliar handelt und die vorgesehenen Baumaßnahmen die Sanierung des Hauses der Wohnhilfe betreffen. Für diese Maßnahme gibt es Fördermittel. Bei den eingestellten Mitteln in der Haushaltsstelle 65500 Sachverständigenkosten handelt es sich um zwei Gutachten. Ein Gutachten (Abrechnung und Überprüfung der Anspruchsberechtigung bei Rezepten und Arztkostenrechnungen ...) wurde in der 77. Sitzung beschlossen.

Der Vergabeausschuss empfiehlt, dem Verwaltungshaushalt und Vermögenshalt des Fachbereiches Soziales zuzustimmen.

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	3

5. Verwaltung Kindertageseinrichtungen

Die anwesenden Stadträte erhalten eine Änderung des vorliegenden Haushaltsplanentwurfes für die Kindertageseinrichtungen "Käthe Duncker" und "Kleiner Spatz".

Herr Geuther erfragt, ob es eine Prioritätenliste zur Sanierung von Kindertagesstätten im Zusammenhang mit voraussichtlichen späteren Schließungen gibt.

Frau von Nievenheim erklärt, ja, es gibt eine Prioritätenliste. Es werden keine Kindereinrichtungen saniert, welche später geschlossen werden sollen.

Herr Krause bittet um eine aktuelle Prioritätenliste vor der nächsten Sitzung.

Frau von Nievenheim sichert dies zu, verweist aber darauf, dass zur Zeit eine Überarbeitung stattfindet.

Herr Prof. Dr. Kiel verweist darauf, dass seiner Meinung nach über den Haushalt noch nicht abgestimmt werden kann, da der Jugendhilfeausschuss noch nicht getagt hat und wir uns hier auf eine zweite Lesung verständigt haben.

Herr Geuther ist der Meinung, dass der Haushalt der Fachbereiche, bei denen keine Fragen offen bleiben, abgestimmt werden kann.

Herr Krause ist auch der Meinung, dass erst die Fachausschüsse tagen sollten.

Herr Köhler bemerkt, dass nur über die Fachbereiche nicht abgestimmt werden kann, wo noch Klärungsbedarf besteht.

Herr Geuther stellt den Antrag, jeden Fachbereich extra abzustimmen, wenn er abstimmungs-fähig ist.

<i>Abstimmung zum Antrag:</i>	<i>Ja-Stimmen:</i>	3
	<i>Nein-Stimmen:</i>	5
	<i>Enthaltung:</i>	1

Der Antrag ist abgelehnt. Es erfolgt eine Beschlussfassung in der zweiten Lesung.

6. Fachbereich Kinder, Jugend und Familie

Herr Wilhelm antwortet auf die Frage zur Ausstattung Büromaschinen und Einrichtungen, dass es sich hierbei um Möbel für PC-Arbeitsplätze und ein Polyluxgerät handelt. Er verweist, dass in diesem Fachbereich keine Gutachten vorgesehen sind.

7. Fachbereich Schule, Sport und Bäder

Herr Hildebrandt erläutert die beiden Änderungen des Haushaltsplanentwurfes und Investitionsprogrammes 2003, welche die Stadträte in der Sondersitzung am 31. 01. 2003 erhielten (Nr.: III/2003/03009 und III/2003/03005).

Herr Strauch fragt nach der Turnhalle Eissporthalle.

Herr Hildebrandt erläutert, es gibt eine Erklärung der Sportvereine, dass kein Bedarf mehr zur Nutzung besteht. Es gibt keine Probleme mit der Absicherung des Vereinssportes. Der Pächter der Eissporthalle wird allerdings voraussichtlich gegen den Nutzungsausfall klagen.

Herr Köhler bemerkt, dass die Stadt in der Pflicht ist und die Halle mit einer Nutzung von ca. 10 Wochenstunden nicht erhalten werden kann.

Herr Hildebrandt bemerkt, dass der Stadtratsbeschluss von 1999 zur Förderung der Vereine eingehalten wird. Die Vereine erhalten alle den vereinbarten Förderbetrag. Wenn diese jedoch die Halle nicht

mehr nutzen möchten, kann das nicht erzwungen werden. Auch für den Schulsport wird die Halle nicht mehr gebraucht.

Herr Krause ist der Meinung, dass die Stadt eine Lenkungspflicht hat und eventuell ein neuer Vertrag mit dem Pächter ausgehandelt werden muss.

Herr Hildebrandt erklärt, dass auch die städtischen Turnhallen genutzt werden müssen und die Vereinsförderung gesichert ist.

Herr Köhler ist der Meinung, dass der städtische Zuschuss in gewisser Weise als Zwang zur Nutzung genutzt werden sollte.

Herr Hildebrandt erklärt sich bereit, die Zusammenhänge zur Turnhalle Eissporthalle in der nächsten Sitzung ausführlich zu erläutern.

Herr Krause erbittet auch Protokolle des Sportausschusses zum Sachverhalt.

8. Zentrales Gebäudemanagement

Herr Nagel erklärt zum Verwaltungshaushalt, dass alle Mittel aus Vermietungen an das Zentrale Gebäudemanagement übertragen worden sind.

Frau Müller ergänzt, für das ZGM wurde ein neuer Unterabschnitt gebildet. Dieser hat einen Zuschuss von 13,2 Mio € erhalten. Diese 13,2 Mio € enthaltendie Personalkosten und Sachkosten aus den zusammengeführten ehemaligen Ämtern: Hochbauamt, Hauptamt, Teile des Liegenschaftsamtes und Ausgliederungen aus anderen Bereichen. Die Kosten wurden 1:1 übernommen. Im Haushalt ist diese finanzielle Umlagerung im Vorbericht ab Seite 154 Haushaltsplanentwurf dargestellt.

Herr Strauch fragt, ob die investiven Maßnahmen bei den Fachbereichen verbleiben.

Frau Müller bejaht das.

In der Anlage 2 ab Seite 161 ist die Zusammenführung der zukünftigen "Mietkosten" ersichtlich.

Herr Prof. Dr. Kiel fragt, ob es vorgesehen ist, noch weitere Fachbereiche in das ZGM zu überführen, wie wird es in der Zukunft mit der Vergabepaxis weitergehen, was ist Sache des Betriebsausschusses.

Herr Köhler bemerkt, dass das Zentrale Gebäudemanagement seit dem 01. 01. 2003 existiert und der Betriebsausschuss noch nicht getagt hat.

Herr Winkelmann erläutert, übernommen in das ZGM wurden das Hochbauamt komplett, aus dem Hauptamt und Liegenschaftsamtsamt nur Teile. Zur Zeit wird die Eröffnungsbilanz erstellt. Es besteht jedoch noch keine Klarheit, wie viele Personen zum 01. 01. 2003 in das ZGM über-gegangen sind.

Frau Müller ergänzt, aus der Anlage 1 sind die Finanzpositionen, welche in das ZGM über-gegangen sind, zum Zeitpunkt der Erstellung des Haushaltes ersichtlich.

Herr Krause stellt den Antrag, im Vorfeld der nächsten Sitzung (20. 02. 2003) den Stadträten eine aktuelle Auflistung aller Gebäude und des Personals, welche in das Zentrale Gebäudemanagement übernommen wurden, zur Verfügung zu stellen.

Herr Winkelmann bemerkt, dass eine Auflistung per Stand 01. 01. 2003 möglich ist und am 27. 02. 2003 der Betriebsausschuss das erste Mal tagt. Nach Auskunft des Fachbereiches Recht vergibt derjenige Fachbereich, der das Budget hat.

Herr Strauch verweist darauf, dass im Jahr 2003 weiterhin die investiven Maßnahmen im Vergabeausschuss beschlossen werden.

Herr Krause erbittet die Stellungnahme des Fachbereiches Recht in Bezug auf die Zuständigkeit der Ausschüsse.

Herr Prof. Dr. Kiel bemerkt, dass die Bewirtschaftungskosten, die Bauunterhaltung und die Reinigung in den Schulen im Haushalt auf "0" gesetzt ist. Für diese Aufgaben waren doch sicher bisher Kollegen im Fachbereich zuständig. Wie geht es mit ihnen weiter?

Frau Hermann, Liegenschaftsamt, antwortet, dass die Bewirtschaftung und auch die Bauunterhaltung schon immer im Hochbauamt angesiedelt waren. In den einzelnen Ämtern waren keine Kollegen dafür eingesetzt.

Herr Strauch fragt an, ob die laufenden Reinigungsverträge zur Zeit überarbeitet werden.

Herr Winkelmann erwidert, es gibt nur einen Vertrag und von einer Überarbeitung ist ihm nichts bekannt.

9. Liegenschaftsamt

Auf die Anfrage von Herrn Strauch, welche Gutachten aus der Haushaltsstelle 656000 bezahlt werden, antwortet Frau Hermann, dass es sich hierbei z. B. um Streitigkeiten mit Pächtern und Kosten für den Gerichtsvollzieher handelt.

Zu den eingestellten Mitteln zur Haushaltsstelle Rennbahn erklärt Herr Nagel, die Rennbahn ist Eigentum der Stadt und steht unter Denkmalschutz. Der neue Rennbahnverein, welcher sich in Gründung befindet, wird zukünftig weiterhin die 16 vorhandenen Arbeitsplätze sichern. Die Stadtverwaltung ist verpflichtet, das Objekt zu erhalten. Es wird ein neuer Antrag auf Fördermittel gestellt werden. Für die Baumaßnahme wird ein Baubeschluss vorbereitet.

Frau Tannenberg stellt den Antrag, die 341.000,00 € zu sperren.

<i>Abstimmung zum Antrag:</i>	<i>Ja-Stimmen:</i>	4
	<i>Nein-Stimmen:</i>	2
	<i>Enthaltung:</i>	3

Frau Riese ergänzt, die Stadt befindet sich in der vorläufigen Haushaltsführung. Daraus ergibt sich sowie eine Sperre. Die Mittel sind erst dann frei, wenn ein Bewilligungsbescheid vorliegt.

Frau Hermann erläutert kurz die noch einzubringenden Änderungen in den Haushaltsplan-entwurf für das Liegenschaftsamt.

10. Fachbereich Grünflächen

Herr Köhler erfragt, was unter den Randbereichen in Heide-Nord zu verstehen ist.

Herr Roscher erläutert, es handelt sich um einen schon begonnenen Grünzug im Anschluss an die Wohnblöcke, der noch fertiggestellt werden soll. Es werden Erdbewegungen, Rasen-ansaat, Baum- und Sträucherpflanzungen vorgenommen.

Herr Geuther fragt nach der Liste zur Begrünung von Industriebrachen.

Herr Roscher erklärt, dem Fachbereich Grünflächen liegt noch keine Liste vor. Diese wird über den Fachbereich Stadtentwicklung und Stadtplanung erstellt.

Frau Grimmer ergänzt, es wird sich um Flächen an der Thüringer Straße und hinter dem Justizzentrum handeln.

Zur Anfrage von Herrn Geuther zur Schließung von Friedhöfen und Einsparung von Kosten erwidert Herr Roscher, die Schließung einzelner Friedhöfe ist noch nicht beschlossen und auch wenn keine weitere Belegung erfolgt, muss der Friedhof erhalten und unterhalten werden.

Herr Geuther fragt, was sich hinter der Position Planungsleistungen in Höhe von 20.000,00 € verbirgt.

Herr Roscher erläutert, für den Stadtwald werden Planungen über Aufforstung und Abholzung gemacht. Bisher hat das ein Kollege des Fachbereiches Grünflächen durchgeführt. Dieser geht jedoch in Ruhestand und es wurde ein Vertrag über die Planungen mit dem Staatlichen Forstbetrieb vereinbart.

Herr Strauch fragt an, ob sämtliche Grünflächen vom Fachbereich bewirtschaftet werden.

Herr Roscher antwortet, der Fachbereich kümmert sich um den Innenstadtbereich und für die Randbereiche erfolgen Ausschreibungen.

Auf die Anfrage von Herrn Krause zur Förderung der Grünflächenpflege, erwidert Herr Roscher, Grünflächen werden nicht gefördert.

11. Fachbereich Stadtentwicklung und Stadtplanung

Herr Strauch fragt an, ob alle Mittel zur Altstadtsanierung abgerufen wurden.

Frau Grimmer legt dar, dass für 2002 keine Mittel beantragt waren.

Herr Strauch fragt, ob die Summe der Sachverständigenkosten "Stadtsanierung" ausreicht und warum im UA Stadtplanung die Sachverständigenkosten so hoch sind (894.500,00 €).

Frau Grimmer bestätigt, dass die Summe der Sachverständigenkosten "Stadtsanierung" ausreicht. Im Jahr 2002 waren in der Haushaltsstelle Planungsleistungen 768.000,00 € eingestellt und in der Haushaltsstelle Sachverständigenkosten 56.000,00 €. Auf Empfehlung des Rechnungsprüfungsamtes wurden diese beiden Kosten in der Haushaltsstelle Sachverständigenkosten für 2003 geplant.

12. Fachbereich Tiefbau / Straßenverkehr

Herr Prof. Dr. Kiel fragt, ob für die Äußere Leipziger Straße Mittel im Haushalt eingestellt sind.

Frau Ströhl erklärt, die Höhe der Kosten muss erst noch genau ermittelt werden. Die HWA beteiligt sich an den Kosten. Eine Realisierung erfolgt auf jeden Fall noch dieses Jahr. Es wird keine grundlegende Erneuerung geben.

Herr Geuther fragt nach dem 3. BA in der Delitzscher Straße.

Frau Ströhl erläutert den Bauabschnitt, welcher sich zur Zeit noch in der Planungsphase befindet. Zur gegebenen Zeit wird ein Fördermittelantrag gestellt. Zur Frage von Herrn Geuther nach dem BW 5 erklärt Frau Ströhl, dass die Bahn das BW 5 selbst baut und die Stadt es dann bezahlt (Kreuzungsvereinbarung).

Herr Strauch erfragt den Stand der Berliner Brücke.

Frau Voigt-Kremal erläutert, dass vor der Vergabekammer eine mündliche Verhandlung stattfand, in deren Ergebnis wir im Ausschreibungsverfahren in den Stand "Auswertung zurückgesetzt" werden. Sollte dann kein wertbares Angebot vorliegen, muss die Vergabe aufgehoben werden. Im Anschluss daran soll dann eine Freihandvergabe mit den 13 Bietern durchgeführt werden.

Herr Strauch erfragt die Zusammensetzung der Haushaltsstelle Planungsleistungen 655100.

Frau Ströhl legt dar, dass es sich zum größten Teil um Baugrundgutachten und Brückenprüfungen handelt. Per Gesetz ist die Stadt dazu verpflichtet, Brücken alle 2 bis 4 Jahre zu überprüfen. Diese Prüfungen müssen staatlich geprüfte Gutachter anfertigen. Des Weiteren werden aus dieser Haushaltsstelle auch Planungen im Brückensanierungsbereich bezahlt. Bei auftretenden Mängeln an Brücken muss sofort reagiert werden.

Dem Protokoll wird als Anlage 2 eine Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf 2003 – Vermögenshaushalt – beigelegt.

zu 4 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

Protokoll:

Herr Geuther erbittet ausführliche Erläuterungen zur ehem. MAFA, warum soll dort ein Stadtteilbüro eingerichtet werden.

zu 5 **Anfragen von Stadträten**

Protokoll:

Herr Maluch bittet um eine Information des Fachbereiches Bauordnung und Denkmalschutz zu dem unbewohnten Eckhaus Beesener Straße/Robert-Koch-Straße. An dem Haus bröckelt der Putz ab und es fallen Mauerteile runter.

zu 6 Mitteilungen

Protokoll:

keine

Für die Richtigkeit:

Datum: 26.02.13
